

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## WLU-Bauprogramm 1990 für eine Mio. Franken bewilligt

Delegiertenversammlung der Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland (WLU) in Ruggell – Wasserverbrauch erneut angestiegen

(ho) – Unter dem Vorsitz des Ruggeller Vorstehers Anton Hoop tagten am Dienstag dieser Woche im Vereins- und Jugendhaus in Ruggell die Delegierten der Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland (WLU). Im Mittelpunkt der Generalversammlung: der Rechnungsabschluss 1988 mit einem positiven Ergebnis, kommentiert von Geschäftsführer Ing. Emil Oehri, das Bauprogramm für 1990 sowie technische Erläuterungen zur Wasserbilanz von Wassermeister Alwin Hasler.

Bei einem Umsatz von knapp 1,4 Mio. Franken stieg der Reingewinn auf rund 193 000 Franken. Dieser Ertrag müsse man – so Vorsteher Hoop – relativieren, indem man die schwächeren letzten Jahre sowie die gestiegenen Investitionskosten in das Geschäftsergebnis miteinbeziehe. Aus dem Wasserverkauf resultiert ein Betriebserlös von 232 757 Franken sowie aus Neuanlagen und Reparaturarbeiten ein solcher von 815 000 Franken. Die Gesamtaufwendungen bezifferte Ing. Oehri auf knapp 1,2 Mio. Franken.

### Wasserverbrauch angestiegen

Bei der Kommentierung zur Wasserbilanz unterstrich Alwin Hasler den steigenden Verbrauch des Wassers, mit dem man leider immer noch zu verschwenderisch umgehe. Es sei wichtig, an die Bevölkerung zur Sparsamkeit zu appellieren. Schützenhilfe erhielt er von Ing. Theo Kindle, dem Vorstand des Gewässerschutzamtes, welcher anregte, Überlegungen zu treffen, die vom Verursacherprinzip ausgehen könnten. Also: wer mehr Wasser verbraucht, bezahlt mehr.

Im Unterland sind 1988 insgesamt 1 922 276 m<sup>3</sup> Wasser, bei einer Zulieferung aus den diversen Quellen von 1 958 995 m<sup>3</sup>, verbraucht worden. Mit Abstand am meisten Wasser verbrauchte Eschen (863 428 m<sup>3</sup>), gefolgt von Mauren (423 221 m<sup>3</sup>), Gamprin (349 188), Ruggell (170 162) und Schellenberg mit 81 112 m<sup>3</sup>. Die statistische Wasserlieferung verdeutlicht den ständig steigenden Anteil aus dem Grundwasser (53,19% gegenüber Vorjahr 45,1%). Mit der Wasserqualität ganz allgemein sei man zufrieden. Theo Kindle sprach von einer tendenziellen Verbesserung der Wasserqualität, nachdem man einen Wiederanstieg der Rheinwassersohle (seit Verbot der Kiesentnahme) konstatierte.

### Hohes Investitionsvolumen

Die WLU, die seit ihrer Gründung im Jahre 1960 bestrebt ist, den gestiegenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, hat für die Errichtung von technischen Anlagen jährlich für ein relativ hohes Investitionsvolumen aufzukommen. Dies vor allem vom Hintergrund einer Steigerung der Leistungsfähigkeit und einem guten Service für die Bevölkerung.

So beträgt das am Dienstag von den Delegierten bewilligte Bauprogramm 1990 rund 1 Mio. Franken. Wie Ing. Steiner vor der Versammlung ausführte, fliessen die Mittel in die Realisierung des Reservoirs «Obergut», das mit einer Speicherkapazität von 2500 Kubikmetern das grösste Wasserreservoir im Lande sein wird. Die Zuleitungen sind bereits gelegt. Ing. Steiner hofft auf einen baldigen Baubeginn dieses Speichers mit Ausmassen von 35,20 Meter Länge, 17 Meter Breite und 5,50 Meter Höhe. Die Planung sieht vor, den riesigen Baukörper in den abfallenden Hang (Nähe Bühlkappelle Mauren) so einzugliedern, dass er nach aussen nicht sichtbar wird. Die Gesamtkosten belaufen sich nach vorsichtigem Vorschlag auf rund 1,8 Mio. Franken, wobei ein Budgetteil aus Finanzgründen auf das Rechnungsjahr 1991 fallen dürfte. Mit dem Endausbau des Speichers rechnet man im Verlaufe des nächsten Jahres. Danach steht dem angestrebten Zusammenschluss der WLU mit der Gruppenwasserversorgung Liechtensteiner Oberland (WLO) nichts mehr im Wege.

### Reglement und Referendum

Neben der einstimmigen Genehmigung der Rechnung 1988, des Budgets 1990 und des Revisorenberichtes, verwies der Vorsitzende der WLU auf die Inkraftsetzung des neuen Wasserversorgungsreglements und Tarifblattes für die Unterländer Gemeinden (ausser Mauren), da in diesen Gemeinden, im Gegensatz zu



Unter dem Vorsitz des Ruggeller Vorstehers Anton Hoop tagten am Dienstag dieser Woche die Delegierten der Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland (WLU) im Ruggeller Vereins- und Jugendhaus. (Bild: Beat Schurte)

Mauren, das Referendum nicht ergriffen worden ist. In Mauren wird über das Reglement samt Tarifblatt voraussichtlich im September abzustimmen sein.

### Schutz des Grundwassers

Abschliessend bedankte sich Ing. Kindle vom Gewässerschutzamt für die gute Arbeit der WLU, deren Bedeutung er nachhaltig unterstrich. Kindle verwies auf die gesetzgeberischen Aktivitäten des Amtes, wobei er als bedeutungsvoll die

Verordnung zum Schutze des Grundwassers (Schaffung und Ausscheidung von Schutzzonen im Lande), die in Vorbereitung stehende Verordnung über die Ausscheidung von Schutzwasserzonen um die bestehenden Pumpwerke, das in Kraft gesetzte Abfallgesetz, Stoffverordnung mit erfolgter Durchführung landwirtschaftlicher Erhebungen und der Erstellung von Düngebilanz (Düngerberatung) sowie die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes erwähnte.

## Hohe Wohnkosten – mehr Sozialhilfeempfänger

Aus dem Tätigkeitsbericht 1988 des Liechtensteiner Fürsorgeamtes – 371 Hilfsbedürftige wurden betreut

Die hohen Wohnkosten in Liechtenstein sind auch im Bereich des Fürsorgewesens nicht ohne Folgen geblieben. Bei den Ausgaben der wirtschaftlichen Fürsorge rangieren 1988 erstmals die Einkommen unter dem Existenzminimum an erster Stelle. Das Fürsorgeamt wertet dies als Hinweis darauf, dass viele auf Grund der hohen Wohnkosten zu Sozialhilfeempfängern werden. Im letzten Jahr beanspruchten insgesamt 44 Klienten mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum wirtschaftliche Hilfeleistungen in Gesamthöhe von knapp 224 000 Franken. Für 22 weitere Personen mussten wegen Verletzung der Unterhaltspflicht 182 000 Franken aufgebracht werden.

Das Liechtensteiner Fürsorgeamt hat im letzten Jahr in seinen Tätigkeitsbereichen, der wirtschaftlichen wie der persönlichen Hilfe, insgesamt 371 Hilfsbedürftige beraten und betreut. Diese Anzahl an hängigen Fällen liegt gemäss Tätigkeitsbericht im langjährigen Durchschnitt der vom Amt betreuten Fälle. Die neu aufgenommenen Betreuungsfälle betragen in diesem Zeitraum 63 Klienten. Bei 53 Klienten konnte die Betreuung abgeschlossen werden.

### Einordnung in drei Problembereiche

Die vom Fürsorgeamt betreuten 371 Klienten lassen sich in drei Problembereiche einordnen. Eine Abgrenzung sei allerdings nur schwer möglich, da sich die Hilfsbedürftigkeit bei den meisten Klienten als ein Ineinander von verschiedenen Problemen darstelle.

So waren im Berichtsjahr 1988 insgesamt 78 Klienten mit psychischen Störungen wie Persönlichkeitsstörungen, Suizidalität, Psychosen, Depressionen anhängig. Die Zahl der Fälle, bei denen klar das Alkoholproblem im Vordergrund stand, betrug 37 Klienten. Weitere 15 Personen waren Abhängige illegaler Drogen.

Immer grösser wird laut Fürsorgeamt auch die Zahl derer, die auf Grund sozialer Probleme wie Beziehungs- und Erziehungsprobleme, familiäre Probleme und

soziale Auffälligkeit hilfsbedürftig werden.

Schliesslich stellen die in den letzten Jahren rasch steigende Wohnungsverknappung und Wohnungsverteuerung das Fürsorgeamt vor nicht mehr zu bewältigende Aufgaben. Fast täglich kämen Anfragen nach Wohnungen an das Amt, wobei festzustellen sei, dass diese Anliegen aus allen Bevölkerungsschichten an das Amt gelangten.

### Einkommen unter dem Existenzminimum

Dass bei den Ausgaben der wirtschaftlichen Hilfe erstmalig nicht mehr die Verletzung der Unterhaltspflicht an erster Stelle steht, sondern das Einkommen unter dem Existenzminimum, ist laut Tätigkeitsbericht des Fürsorgeamtes ein Hinweis darauf, dass viele auf Grund der hohen Wohnkosten zu Sozialhilfeempfängern werden. Eine Durchsicht der Unterstützungsfälle hat ergeben, dass bei der Berechnung des sozialen Existenzminimums die Wohnkosten gegenüber den Lebenshaltungskosten überdurchschnittlich hoch sind. Die Ausgaben beim Einkommen unter dem Existenzminimum sind letztes Jahr bei einer Zunahme von 37 auf 44 Klienten von 155 000 Franken auf knapp 224 000 Franken gestiegen.

Dies bedeutet eine Ausgabensteigerung von rund 1000 auf 5087 Franken pro Klient.

### Umfang der wirtschaftlichen Hilfe

Die Gesamtausgaben der wirtschaftlichen und persönlichen Hilfe belaufen sich im Berichtsjahr 1988 auf 849 369 Franken. Die Rückerstattungen betragen 72 843 Franken, so dass ein Ausgabenbetrag von 776 526 Franken entstand, der je zur Hälfte vom Land und den Gemeinden aufgebracht wird. Die von den Fürsorgekommissionen der einzelnen Gemeinden getätigten Ausgaben belaufen sich im letzten Jahr auf 544 500 Franken. Für die Liechtensteiner im Ausland und Ausländer in Liechtenstein wurde ein Betrag von 209 071 Franken ausgegeben. Im Bereich der persönlichen Hilfe (freiwillige Helfer, Beratung und Therapie, Altersarbeit) wurden 95 797 Franken aufgewendet.

Die Steigerung der Aufwendungen gemäss Sozialhilfegesetz auf 850 000 Franken ist insbesondere auf die erhöhten Beträge der Liechtensteiner im Ausland sowie auf den Anstieg der Aufwendungen im Bereich Beratung und Therapie zurückzuführen. Die Rückerstattungen bewegten sich in der Grössenordnung der Vorjahre.

## Anbindung der Ostschweiz in Neat-Botschaft

Laut Bundesamt für Verkehr keine neuen Beurteilungselemente

Chur/Bern (AP) Die vom Bundesrat in Aussicht gestellte Verbindung der Ostschweiz mit der Neuen Eisenbahn (Neat) soll ebenfalls in der Botschaft dargestellt und dem Parlament zum Entscheid vorgelegt werden. Dies erklärte der Direktor des Bundesamtes für Verkehr, Fritz Bürki, am Mittwoch auf Anfrage. Gleichzeitig bestätigte er, dass gemäss einem ETH-Gutachten die abgelehnte Gotthard-Ost-Variante eine optimale Lösung darstellt.

Gemäss der «Bündner Zeitung» kam das ETH-Institut für Verkehrsplanung, Transporttechnologie, Strassen- und Eisenbahn

bau auf indirektem Weg zu einer positiven Beurteilung von Gotthard-Ost. Untersucht wurden nämlich nur die fünf in die Vernehmlassung geschickten Varianten, nicht aber die von den Ostschweizer Kantonen spät in die Diskussion eingebrachte Variante Gotthard-Ost. Grundsätzlich schneidet auch in der ETH-Studie die Gotthard-Basislinie am besten ab, die Y-Variante wird gleich gut beurteilt wie der Ausbau der Lötschberg-Simplon-Strecke. Noch schlechter als ein Verzicht auf eine Neat wäre nach Ansicht der ETH-Experten der Bau einer Splüngenbahn.

## Wien: Sommerpause der KSZE-Konferenz

Wien (AP) Mit optimistischen Grundtönen aber skeptischen Randbemerkungen sind die Wiener Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen (VVSBM) der 35 KSZE-Staaten am Mittwoch bis zum 5. September in die Sommerpause gegangen. Der Bonner Delegationsleiter, Botschafter Günter Joetze, sagte zum Abschluss der zweiten Runde der Gespräche, er teile das positive Urteil der anderen Delegationen über die Fortschritte, doch seien die Möglichkeiten für die militärische Vertrauensbildung «politisch und sachlich noch nicht ausgeschöpft».

Er warnte die Teilnehmer vor «Positionshärtung und Dialogverweigerung». Schon eine «nur bedingte Verhandlungsbereitschaft» sei gefährlich. Er kritisierte bei den vorliegenden Initiativen des Ostens die Einbeziehung der Streitkräfte und das Fehlen eines Verifikationssystems. Insgesamt sei die zweite Runde der Gespräche jedoch weniger kontrovers verlaufen, als dies allgemein zu erwarten gewesen wäre, hiess es in westlichen Delegationskreisen.

Auch der amerikanische Delegationsleiter John J. Maresca beurteilte den Stand der Verhandlungen positiv, kritisierte jedoch das Fehlen von Überwachungsmaßnahmen in den Vorschlägen des Warschauer Pakts. Die neutralen und blockfreien Staaten legten zum Abschluss der Runde ein Positionspapier vor, in dem sie ihre spezifischen Sicherheitsinteressen hervorhoben. Darin fordern sie unter anderem einen verstärkten Informationsaustausch auch über Luft- und Seestreitkräfte.

## Nato verständigt sich zur Abrüstung

Brüssel (spk/dpa) Die Nato-Staaten haben sich auf gemeinsame Vorschläge zur Abrüstung bei konventionellen Waffen in Europa verständigt. Sie gehen auf Vorschläge des amerikanischen Präsidenten George Bush beim Nato-Gipfeltreffen von Ende Mai zurück und sollen dem Warschauer Pakt bei den Abrüstungsverhandlungen über konventionelle Streitkräfte am Donnerstag in Wien vorgelegt werden.

Bush hatte einen Abzug von 20 Prozent der amerikanischen Kampftruppen aus Europa und gemeinsame Obergrenzen mit den sowjetischen Truppen in Europa vorgeschlagen. Ausserdem sah der Bush-Vorschlag, der auch von den anderen Nato-Staaten übernommen worden war, gemeinsame Obergrenzen zwischen der Nato und Warschauer Pakt bei Panzern, gepanzerten Truppentransportern, Artillerie sowie bei Hubschraubern und landgestützten Kampfflugzeugen vor.

Eine Arbeitsgruppe ranhoher Nato-Beamter hat diese allgemein gehaltenen Vorschläge jetzt konkretisiert und daraus eine gemeinsame Nato-Position für die Wiener Verhandlungen erarbeitet. Die Aufgabe der Beamten war es unter anderem, die genauen Definitionen für die einzelnen Waffenkategorien festzulegen und exakt zu bestimmen, welche Soldaten und Waffen von den Vorschlägen erfasst werden sollten.



**huber**  
schmuck · uhren · juwelen  
Städtle 34 und Raihausplatz  
9490 Vaduz/Liechtenstein

**Mehr Nutzen**  
weniger Computer  
**MICOMP**  
Kompetente PC-Beratung  
MICOMP Aktiengesellschaft  
BBB-Center, Neusand, FL-9495 Triesen  
Telefon 075/2 79 97, Telefax 075/2 60 60  
Off. IBM Personal-Computer-Vertretung